

67 Jahre palästinensische Nakba:

Unterstützt den Widerstand gegen Kolonialismus und Apartheid - Für ein sozialistisches Palästina für alle seine Bewohner/innen

Am 14. Mai jährt sich die Gründung des Staates Israel. Die palästinensische Bewegung gedenkt am 15. Mai der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus ihrer Heimat im Jahre 1948, die von zionistischen Milizen und der neu gebildeten Armee des Staates Israels begangen wurde: Die Nakba.

Aber am "Israel-Tag" kommt die Vertreibung der PalästinenserInnen nicht vor. Nach offizieller Haltung der israelischen Regierung gab es in Palästina vor 1948 keine Menschen, also kann es auch keine Vertreibung gegeben

West Bank oder in Gaza leben, keine staatsbürgerlichen Rechte genießen, zeigt die Verlogenheit dieser Behauptung ebenso wie die Millionen palästinensischer Flüchtlinge, die über viele Länder verteilt leben und kein Recht auf Rückkehr in ihre Heimat haben.

Und dass israelische Regierungsmitglieder regelmäßig durch rassistische Aussagen gegen Araber auffallen und selbst die jüdische Religion als Rechtfertigung für die Unterdrückung von PalästinenserInnen missbrauchen, offenbart, dass der israelische Staat selbst religiösen Hass

zahlreichen Dörfern und Kibbuzim keinen Zugang und werden durch einschneidende Apartheidsgesetze zu Bürgern 2. Klasse gemacht. Etwa 300 000 PalästinenserInnen mit israelischem Pass sind „interne Flüchtlinge“, das heißt, der israelische Staat verhindert, dass sie in die Dörfer und Städte zurückkehren, aus denen sie zur Zeit der Staatsgründung Israels vertrieben wurden.

Um all das zu kaschieren, wird seit Jahren die „Zwei-Staaten-Lösung“ als „einzige Lösung“ am Horizont angepriesen.



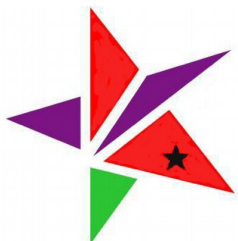
haben. Auf den offiziellen Feiern hören wir vor allem die Behauptung, die Gründung Israels sei eine Erfolgsgeschichte in Sachen demokratischer Freiheit, Völkerverständigung und der freien Religionsausübung.

Die Tatsache, dass PalästinenserInnen, die in Ostjerusalem, in der

schürt statt ihn zu bekämpfen.

Ein Fünftel der israelischen Staatsbürger, nämlich die PalästinenserInnen, die der Vertreibung entgingen und innerhalb der Waffenstillstandslinie von 1948 leben, besitzen zwar einen israelischen Pass, haben aber zu 93 % des Bodens und zu

Seit Beginn des sog. „Friedensprozess“ zwischen den PalästinenserInnen und dem Staat Israel, also vor über 20 Jahren, hat sich die Lage der PalästinenserInnen weiter verschlechtert. Israel hat mehrmals militärisch die palästinensischen Gebiete angegriffen und Invasionen gestartet. Es kontrolliert deren



Neue antikapitalistische Organisation (NaO)

www.nao-prozess.de

stuttgart@nao-prozess.de

Wirtschaft, deren Währung, Wasserversorgung, Grenzen - und der israelische Staat hat ständig neue Gebiete okkupiert durch den Ausbau der Siedlungsgebiete.

Nicht erst bei einem Angriff, sondern auch zu „Friedenszeiten“ ist Gaza durch die israelische Armee, Marine und Luftwaffe von der Außenwelt abgeriegelt, praktisch ein riesiges Gefängnis. Sollten die PalästinenserInnen - wenn überhaupt - je einen eigenen Staat bekommen, so wäre es ein Flecken Land von Israels und der USA Gnaden, der wirtschaftlich praktisch nicht überlebensfähig ist. Wie verlogen der sog. „Verhandlungsprozess“ zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde verläuft, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sich die israelische Regierung anmaßt, auch noch festzulegen, wer auf palästinensischer Seite überhaupt als legitime Vertretung zugelassen wird.

Die Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung im Juni 2014 nahm die Regierung Netanyahu gleich zum Vorwand, weitere Gespräche abzulehnen. Das wird von der Bundesregierung und von den Medien „natürlich“ als gerechtfertigt akzeptiert. Der Beitritt der palästinensischen Autonomiebehörde zum Internationalen Strafgerichtshof reichte der Regierung aus, um als „Sanktion“ palästinensische Steuergelder, die der Autonomiebehörde zustehen, einzufrieren.

Zuletzt ist Netanyahu öffentlich von der „Zwei-Staaten-Lösung“ abgerückt und hat damit seine engsten Verbündeten - auch die US-Regierung - gegen sich aufgebracht. Am 7. März beteiligten sich 50.000 Menschen an einer Demonstration gegen Netanyahu - organisiert von der „zionistischen Allianz“ und damit von Parteien, die selbst in den letzten Jahren in der Regierung waren. Aber Netanyahu spricht nur aus, was ohnehin seit Langem die Politik Israels ist: Die „Zweistaatenlösung“ wird als Scheinlösung beschworen, gleichzeitig versucht der israelische Staat, den „Status Quo“, die Besatzung, zu zementieren.

Wir lehnen eine „Zwei-Staaten-Lösung“ als reaktionäre Utopie ab. Schon allein grundlegende bürgerliche Freiheiten sind nicht vereinbar mit Staaten, die ihre Grenzen oder ihre Staatsbürgerschaft durch Religion definieren. Auch in der palästinensischen Bewegung und der internationalen Solidaritätsbewegung gibt es eine wachsende Strömung, die für „One Democratic State“, also einen säkularen, demokratischen, jüdisch-arabischen Staat eintritt. Aber noch immer stellt sich die Frage, wie dieser aussehen soll.

Ein Staat, der nicht nur ein friedliches, sondern auch ein gleichberechtigtes Zusammenleben von JüdInnen und PalästinenserInnen ermöglicht, kann nicht auf der Grundlage der imperialistischen Ordnung entstehen, die

im Nahen Osten herrscht, sondern muss auf einer demokratischen Planwirtschaft und der Herrschaft der ArbeiterInnenklasse beruhen. In Palästina müssen Kolonialismus und Apartheid grundlegend überwunden werden. Das Menschenrecht aller palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr muss eingelöst, das zionistische System von rassistischen und diskriminierenden Apartheidgesetzen abgeschafft, Menschen- und gleiche Bürgerrechte für alle BewohnerInnen des Landes garantiert und verwirklicht werden. Die Gesellschaftsordnung muss auf einer demokratischen Planwirtschaft sowie der Herrschaft der Arbeiterklasse beruhen.

Aber das israelische Apartheidsystem wird nicht durch Sympathien für die Unterdrückten oder einen „Stimmungswandel“ der Mächtigen verschwinden: der israelische Staat muss durch alle Ausgebeuteten und Unterdrückten gemeinsam beseitigt werden und durch einen sozialistischen Staat ersetzt werden.

Wir rufen auf zur Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand! Die Solidaritätsbewegung in Europa muss dafür eintreten, jede Zusammenarbeit mit Israel abzulehnen und nach Möglichkeit zu behindern, zuallererst die Lieferung von Waffen für die israelischen Streitkräfte! Dabei sind auch die Gewerkschaften gefordert!



Neue antikapitalistische Organisation (NaO)

www.nao-prozess.de

stuttgart@nao-prozess.de